

**Ortsverband Wetter
Ratsfraktion Wetter**
Schöntaler Str. 19, 58300 Wetter
gruene-wetter@gmx.de

**Karen Haltaufderheide
Norbert Klauke**

Tel.: 0172 788 32 13
karen.haltaufderheide@gmx.de
n.klauke@posteo.de

Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2019

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrter Herr Bürgermeister Hasenberg, sehr geehrte Mitarbeiter*innen der Verwaltung, sehr geehrte Ratskolleg*innen,

Bei den Gedanken zu dieser Rede wollte ich mir die Worte des Bürgermeisters zur Einbringung des Haushaltes durchlesen. Ich stellte leider jetzt erst fest, dass wir diese Rede nicht haben. Im Protokoll der Ratssitzung vom September findet sich nur die Präsentation des Kämmersers.

Bei meiner weiteren Suche konnte ich die Haushaltsrede des Bürgermeisters auch auf der Homepage nicht finden. Auch frühere Reden zur Haushaltseinbringung fand ich nicht.

Da unser Bürgermeister Hasenberg eigentlich kein Mann ist, den sein Geschwätz von gestern nicht kümmert, kann es sich dabei nur um ein Versehen handeln. Wir bitten daher darum, künftig die Haushaltsreden des Bürgermeisters auf die Homepage zu stellen. Es geht dabei vor allem um Transparenz für die Bürger*innen.

Ich stütze mich daher auf den Vortrag des Kämmersers.

In seinen Folien zum Haushaltsentwurf 2019 zog Andreas Wagener Ende September das folgende Resümee:

- Das geplante Defizit für 2019 liegt bei über acht Millionen Euro.
- Das Eigenkapital verringert sich.
- Der Schuldenstand vergrößert sich.
- Es muss weiter gespart werden.

Das war nicht anders zu erwarten. Schließlich ist die Haushaltslage der Kommunen nach wie vor schwierig.

Unter dieser Voraussetzung – es muss weiter gespart werden - , war gegen den diesjährigen Haushalt der Stadt Wetter wenig einzuwenden. Im Gegenteil: Die Liste der geplanten Investitionen ist sehr positiv: Kauf des Sparkassengebäudes, barrierefreier Umbau Grundschule Grundschöttel, Investitionen in Kinderspielplätze und barrierefreies Stadtsaalumfeld, Investitionen in das Hallenbad, für die Arbeitsfähigkeit der Feuerwehr und in den Hochwasserschutz. Das sind keine Luxusideen sondern sinnvolle und notwendige

Maßnahmen, wenn wir in einer lebens- und liebenswerten Stadt Wetter wohnen wollen. Und das wollen wir wohl alle.

Nicht zu vergessen unter den guten Ansätzen, die für das kommende Jahr geplant sind, ist der gemeinsame Einsatz für einen Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus in Wetter, verbunden mit der Bereitschaft, dafür auch Gelder aus dem städtischen Haushalt zu verwenden. Die Bürgerkonferenz im Stadtsaal war ein Riesenerfolg. Sie hat gezeigt, wie viele Bürger*innen das Bedürfnis haben, sich für eine Stärkung der Demokratie, der Integration und der Gemeinsamkeit in Wetter einzusetzen. Dies zeigt übrigens auch die Arbeit des Vereins „Wir in Wetter“, aktuell mit seiner ergreifenden Ausstellung zu Flucht und Vertreibung.

Wir haben in Wetter über Personen sowie traditionelle und neue Vereine großes Potential für Bürgerschaftliches Engagement. Wir möchten uns an dieser Stelle ganz ausdrücklich bei allen Ehrenamtlichen in Wetter bedanken. Vor allem aber bei Marietta Elsche und Alina Wiczorek. Dort ist die Koordination von Ehrenamt und die Arbeit für Demokratie und Vielfalt in guten Händen.

Zurück zum Haushalt:

Große Sorgen bereitet uns nach wie vor die mittelfristige Finanzplanung. Sie kennen das alle bereits aus den Vorjahren. Aufwendungen für die Bauunterhaltung schrumpfen auf ein Zehntel zusammen. Aufwendungen, von denen wir sicher wissen, dass sie kommen, nur noch nicht genau, wie hoch sie sein werden, kommen, weil nicht genau bezifferbar, in der Planung gar nicht vor. Im Unterschied zu den Vorjahren schrumpft allerdings der Zeitraum, in dem diese Ansätze korrigiert werden können, immer weiter zusammen.

Hinzu kommt: Mit einem Defizit von über acht Millionen € für 2019 liegt die geplante Verringerung der allgemeinen Rücklage bei etwa 40 %. Sie können sich alle selbst ausrechnen, wie oft wir uns ein solches Defizit noch leisten können, bis die Stadt Wetter überschuldet ist.

Dies sind Indizien dafür, dass der Haushaltsausgleich 2022 nur auf dem Papier darstellbar sein musste. Aber wer glaubt daran, dass die Ereignisse sich nach dem richten, was auf solchem Papier steht?

Um es klar zu sagen: Wir haben Verständnis dafür, dass die Verwaltung so handelt. Es macht die Arbeit leichter, sich Handlungsspielräume zu erhalten und darauf zu hoffen, dass sich die Dinge doch zum Guten wenden. Die Erfahrung gibt dem Bürgermeister und dem Kämmerer sogar Recht: In den letzten Jahren wurde die Planung durch die verbesserte Wirtschaftslage gerettet. Wäre die gesamtwirtschaftlich Situation so geblieben, wie sie bei Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes war, wären wir wohl jetzt schon überschuldet.

Vor diesem Hintergrund haben wir in unseren Haushaltsverhandlungen diskutiert:

- Reichen die positiven Planungen für dieses Jahr aus, um das erhebliche Defizit und den Verzehr von fast der Hälfte unserer verbliebenen allgemeinen Rücklage zu rechtfertigen?
- Und vor allem: Können wir uns verantwortungsbewusst auf das Spiel einlassen, dass ein Plan eben nur ein Plan ist und alle wissen, dass er aus heutiger Sicht nicht einzuhalten ist?

Wir haben uns dafür entschieden und versucht, weitere positive Akzente zu setzen.

Für uns ist der Umbau des Sparkassen-Neubaus ein zentrales Thema mit langfristigen Chancen und Potentialen. Deshalb haben wir beantragt, dass zunächst Planungsmittel eingesetzt werden, um das neue Verwaltungsgebäude langfristig ganz im Sinne des Aktionsplanes Menschengerechte Stadt Wetter zu entwickeln.

Aufsetzend auf einem guten Gebäudestandard wollen wir erreichen, dass das Gebäude für Bürger*innen wie Mitarbeiter*innen über gesetzliche Standards hinaus ein Vorzeigeprojekt für ein barrierefreies Verwaltungsgebäude wird.

Entsprechende Standards wollen wir auch in energetischer Hinsicht erreichen. Dieses Projekt ist ein wichtiger Baustein für den Erfolg des Klimaschutzkonzeptes, das gerade erarbeitet wird.

Wir wissen auch, dass der Eingriff in ein bestehendes Gebäude nicht alles Mögliche zulässt und dass die Wirtschaftlichkeit im Auge behalten werden muss. Wir freuen uns, dass unsere Anträge einstimmig beschlossen wurden und wir die anderen Fraktionen überzeugen konnten.

Erstes Stirnrunzeln löste in unserer Fraktion die Verwaltungsvorlage aus, nach der angesichts der positiven Veränderungen der Haushaltslage die Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer weniger stark ansteigen sollten als gemeinsam beschlossen.

Zu diesem Zeitpunkt haben wir geglaubt, dass das inzwischen ritualisierte Zugeständnis an die FDP bereits Eingang in die Verwaltungsvorlage gefunden habe.

Aber die große Stunde der FDP kam erst noch. Und alle haben mitgezogen. Die FDP hat beantragt, die Grundsteuer und die Gewerbesteuer gar nicht zu erhöhen. Wegen der guten Haushaltslage. Bei einem Defizit von über acht Millionen €.

Wenn die Haushaltslage besser ist als erwartet, gibt es aus unserer Sicht zwei Möglichkeiten:

- Man verringert das Defizit und versucht damit, dem notwendigen Haushaltsausgleich näher zu kommen. Das wäre eine ganz gute Übung. Nach einem Defizit von über acht Millionen im Haushalt 2019 plant der Kämmerer für 2020 ein Defizit von knapp 1,5 Millionen; 2021 möchte er nur noch 300 000 € aus der Rücklage entnehmen. Das wird spannend. Spielräume wird es nicht geben. Der kalte Schlag wird wohl erst nach der Kommunalwahl kommen, kommen müssen, wenn der Haushaltsausgleich 2022 erreicht werden soll.
- Die andere Möglichkeit wäre, in sinnvolle Maßnahmen zu investieren. Wir schieben einen gewaltigen Berg von Investitionen vor uns her oder knabbern Jahr für Jahr ein bisschen daran herum. Seit ich im Rat der Stadt Wetter bin, sanieren wir Fenster am Gymnasium. Ebenso sanieren wir an Schultoiletten herum. Trotzdem sieht es auf manchem Örtchen aus wie in den Fünfzigern.

Die Mehrheit des Rates hat den dritten von zwei sinnvollen Wegen gewählt.

Der bereits ins Haushaltssicherungskonzept eingerechnete Beschluss, die Grundsteuer und die Gewerbesteuer moderat zu erhöhen, soll nicht umgesetzt werden, nichtmal in der reduzierten Variante, die die Verwaltung vorgeschlagen hat.

Es wird argumentiert, die Einnahmeseite habe sich deutlich verbessert. Aber wir haben auch neue Herausforderungen und neue Ausgaben. Unser Defizit liegt immer noch über 8

Millionen Euro. Unser Eigenkapital ist immer noch fast aufgezehrt. Ich erinnere an das Fazit des Kämmerers:

- Das geplante Defizit für 2019 liegt bei über acht Millionen Euro.
- Das Eigenkapital verringert sich.
- Der Schuldenstand vergrößert sich.
- Es muss weiter gespart werden.

Mit der stattdessen von der Mehrheit beschlossenen Symbolpolitik werden die Bürger*innen kaum entlastet. Grob überschlagen komme ich bei der Grundsteuer B auf 37,50 € pro Haushalt und Jahr, 3 Euro 13 im Monat.

Aber man kann sich damit brüsten, diese so unsoziale Steuer in ihre Schranken gewiesen zu haben. Weder der Stadthaushalt noch die städtische Infrastruktur haben Vorteile. Die öffentliche Infrastruktur aber ist es, die eine Stadt sozial macht, weil sie denen zu Gute kommt, die sich nicht alles privat kaufen können.

Sie mögen es auch Symbolpolitik nennen, wenn wir dem Haushalt nun nicht zustimmen.

Aber für uns ist es nicht hinnehmbar, dass man bei der derzeitigen Haushaltslage unerwartete Erträge weder für die Haushaltskonsolidierung noch für eine Abarbeitung des Investitionsstaus oder für soziale Maßnahmen verwendet. Die Haushaltssicherung lässt uns wenig Gestaltungs-Spielräume. Sie sind gerade dabei, diese auch noch zu vergeben.

Wir finden es besonders bedauerlich, dem Haushalt nicht zustimmen zu können, weil uns einige der beschlossenen Maßnahmen sehr am Herzen liegen. Aber das Signal und den Vorgang, mal eben auf 675 000 € verzichten zu wollen, halten wir für fatal, gerade auch im Interesse der gemeinsamen Anliegen von Inklusion und Klimaschutz.

Wir sind gespannt darauf, wann wir das nächste Mal hören werden, dass wir für notwendige oder sinnvolle Maßnahmen kein Geld haben. Oder dass wir nur sehr abgespeckte Varianten eines barrierefreien und energetisch vorzeigbaren Verwaltungsgebäudes umsetzen können.

Wenn der Haushaltsausgleich 2022 überraschend gefährdet ist: Wird die FDP dann wieder eine Diskussion um die Schließung des Freibades oder der Bibliothek führen? Vielleicht werden wir auch Förderungen nicht in Anspruch nehmen können, weil wir den Eigenanteil nicht aufbringen können? Dann werden wir auch daran denken müssen, wer den heutigen Beschluss mitgetragen hat.

Ja, ich male gerade den Teufel an die Wand und hoffe gleichzeitig, dass diese Entwicklung nicht eintritt. Offensichtlich sind solche Mahnungen aber nötig, damit Sie die fadenscheinigen Spendierhosen im Schrank lassen und zu einer realistischen Haushaltsplanung zurückkehren.

Am Ende der Rede möchte ich noch eine Anmerkung machen:

Ich bin froh, dass wir in Wetter bei allen Auseinandersetzungen immer dann zusammengestanden haben, wenn es wirklich Ernst wurde. Ich erinnere an die wochenlangen Runden, bei denen wir alle Haushalts-Maßnahmen in Bezug auf ihre Notwendigkeit und auf Einsparpotentiale durchdiskutiert haben. Und ich denke auch an unser derzeitiges gemeinsames Vorgehen gegen Gefährdungen unserer demokratischen und vielfältigen Gesellschaft. Ich wünsche mir auch für die Zukunft, dass wir mit unterschiedlichen Standpunkten und hart in der Sache, aber immer vornehmlich im Interesse der Bürgerschaft in Wetter und einer guten Entwicklung unserer Stadt diskutieren und entscheiden.